Krakauer Zeitung.

Nr. 274. Dinstag den 29. November 1864.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 14. November d. J. den Weltpriester der Olmützer Erzdiöcese, Doctor der Thologie Anton Klug, zum Professor der Dogmatik an der theologischen Facultät zu Olmütz allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat eine am Znaimer Gymnasium erledigte Lehrerstelle dem bisherigen Supplenten am Brünner Gymnasium, Franz Anderle, verliehen.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit den anderen betheiligten Ministerien dem Wirthschaftsrathe A. E. Komers in Verbindung mit D. Tragy, Advocat in Prag, Moriz Zdekauer in Prag, Gottlieb Haase Söhne in Prag, Joseph Müller in Schönlinde, E. Pompe, Oberforstmeister in Böhmisch-Kamnitz, Vincenz Zahn, Fabrikant in Steinschönau, die Gründung einer Actiengesellschaft zur Errichtung einer Flachsspinnerei in Tetschen und von Flachsröstanstalten in Tetschen, Bensen und Böhmisch-Kamnitz bewilligt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 29. November.

Wie gestern erwähnt, erhebt auch Preußen Erbansprüche auf Schleswig-Holstein. Nach der „Hamburger Börsenhalle" glaubt man im Berliner Lehnsarchiv gewisse Urkunden gefunden zu haben, welche den unzweifelhaften Beweis liefern, daß das königlich preußische Haus die eine Hälfte der Herzogthümer schon seit 1559, die andere nach dem Abgange der Agnaten des Hauses Oldenburg zu beanspruchen berechtigt ist. Es sind diese Urkunden die folgenden: Eheberedung Kurfürst Joachim's I. von Brandenburg und der Prinzessin Elisabeth von Dänemark, aufgerichtet zwischen ersterem und dem Vater der letzteren, König Johann I. von Dänemark, im Jahre 1500. Verzicht der Kurfürstin Elisabeth von Brandenburg auf die väterliche Erbschaft, vom Jahre 1502. Declaration König Johann's I. von Dänemark wegen der Verzichtleistung seiner Tochter Elisabeth, um das Jahr 1508 erlassen. Kaiserliches Privilegium Maximilian's I., in welchem eines Theils die Erbgerechtigkeit der Kurfürstin Elisabeth und ihrer Nachkommenschaft auf die eine Hälfte von Holstein und Schleswig bestätigt, anderen Theils derselben und ihres Descendenten das eventuelle Erbrecht auf die andere Hälfte beider Herzogthümer ertheilt wird, vom Jahre 1517. Kaiser Carl V. bestätigt dem Kurfürsten Joachim I. von Brandenburg das ihm von dem Kaiser Marimilian zugesicherte Successionsrecht in Holstein und Schleswig 1530.

Der Correspondent der „Börsenh." bemerkt dazu, er bringe gegen die Ordnung der sonstigen Beweisführung zuvor die Belege und dann erst die Begründung. Diese verspricht er nachzuliefern, und diese werde die Ueberzeugung verschaffen, daß die Basis der Ansprüche des Hauses Hohenzollern eine sehr greifbare und klare sei (?). Die besseren neueren Schriftsteller über die schleswig-holsteinische Frage hätten wohl keine Kenntniß von jenen Urkunden gehabt, oder seien geflissentlich über sie hinweggegangen (!). Erst im Jahre 1830 habe G. W. von Raumer die Existenz dieser Urkunden nachgewiesen.

Wie der „K. Z." aus Wien geschrieben wird, hört man in dortigen diplomatischen Kreisen zur Lösung der Successionsfrage mit Vorliebe folgenden Weg bezeichnen: Der Bund hat zunächst nach Maßgabe der ihm sowol von augustenburg'scher als oldenburg'scher Seite vorgelegten Actenstücke, sein Urtheil über die Erbfolge in Holstein und Lauenburg auszusprechen. Da die Stimmen Oesterreichs und Preußens hiebei voraussichtlich den Ausschlag geben werden, so meint man, daß die Succession in Holstein dem Herzoge Friedrich von Augustenburg zugesprochen werden dürfte. Sollte dies geschehen, und dadurch also der Herzog Bundesmitglied werden, so könnte bezüglich der weitergehenden augustenburg'schen und oldenburg'schen Ansprüche von beiden Bundesfürsten der Weg des Bundes-Austrägal-Verfahrens betreten und somit auf vollkommen bundesrechtlichem Wege die Frage definitiv entschieden werden. Man fügt hinzu, daß dem Austrägal-Gerichte nothwendig auch der Wortlaut der Cessionsurkunde, durch welche der Kaiser von Rußland seine Erbfolgerechte an den Großherzog von Oldenburg abtritt (officiell kennt man bis jetzt nur die Anzeige, welche Baron Brunnow in der Sitzung der Londoner Conferenz vom 2. Juni davon machte), vorgelegt und somit auch ersichtlich werden müßte, ob darin in der That der Rückfall der Erbrechte an Rußland für gewisse Fälle vorbehalten ist. Sollte sich dies bestätigen, so läge darin für Deutschland ein starker politischer Grund, die oldenburgschen Ansprüche zurückzuweisen, da es Deutschlands Interesse erfordert, eine Festsetzung Rußlands auf deutschem Bundesgebiete, namentlich auf einem mit dem Hafen von Kiel ausgestatteten, zu verhindern. In dieser Absicht allein hätten 1852 die deutschen Mächte das Londoner Protocoll unterzeichnet. Uebrigens erstrecken sich die russischen Ansprüche nnr auf einen Theil von Holstein; der Großherzog von Oldenburg habe also auf Schleswig und Lauenburg gar kein Anrecht. Endlich falle auch das alte Recht der Herzogthümer, auf „ewig ungetheilt" zu bleiben, für denjenigen in die Wage, dem Holstein zugesprochen sei. Schließlich sei unerheblich, daß mit dieser, dem formellen Rechte wie den Interessen Deutschlands entsprechenden Entscheidung der Bundestag sich im Einklange mit der öffentlichen Meinung Deutschlands befinden und damit einen Theil seiner verlorenen Popularität wiedergewinnen würde. — Wenn Preußen diesem Programm zustimmt, so geschieht dieses gewiß nicht in bindender Weise, sondern mit den erforderlichen Mental-Reservationen für alle möglichen Eventualitäten.

Zu der Nachricht, daß die preußischen Truppen, soweit sie nicht bereits die Herzogthümer verlassen hätten, Befehl erhalten haben, dort zurückzubleiben, schreibt der „Botschafter": In Berlin scheint der Wind wieder umgeschlagen zu haben und Herr v. Bismarck trotz der österreichischen Auffassung der Frage seinen Willen durchsetzen zu wollen. Nachdem sich schon gestern die Kunde verbreitet, für die zur Ablösung bestimmten preußischen Truppen seien auf 3 Jahre hinaus Lieferungsverträge abgeschlossen worden, soll nun auch die Garde bleiben. Es ist fast unmöglich, einen Rechtsgrund für die längere Belastung und Occupation der Herzogthümer durch so zahlreiche preußische Truppen zu finden. Wenn die preußische Regierung nichts anderes will, als in der Eigenschaft einer Bundesregierung zur Wahrung der Rechte Schleswig-Holstein's eine Besatzung in den Herzogthümern zu lassen, — wozu diese Machtentfaltung? Wir müssen jedenfalls einige Tage obwarten, bis ein Ueberblick über den neuen „Incidenzfall" möglich ist. Daß Herr v. Bismarck entschlossen sein sollte, Gewalt zu brauchen, wollen wir ihm vorläufig nicht imputiren. Auffallend ist nur, daß all das geschieht, nachdem jener Theil der österreichischen Truppen, der eben erst in Berlin gefeiert wurde, Holstein verlassen hat.

Die „D. A. Z." mißt dem Hrn. v. Bismarck noch ganz andere Absichten bei. Der Ministerpräsident Preußens — eines deutschen Staates! — schreibt dieselbe, befindet sich mit England darüber im Einverständniß und glaubt auch dasjenige Frankreichs dafür zu gewinnen, daß durch einen in Scene zu setzenden Congreß noch jetzt — nach dem Friedensabschluß! — mit Hilfe einer nach gehöriger Vorbereitung vorzunehmenden Volksabstimmung Nord-Schleswig wieder an Dänemark gebracht, dagegen der übrige Theil der Herzogthümer Peeußen einverleibt werde.

Von Wien ist dem Vernehmen nach eine Aeußerung neuesten Datums nach Berlin abgegangen, die sich allerdings in den gewinnendsten und rücksichtsvollsten Formen bewegt, aber mit nicht gewöhnlicher Entschiedenheit und mit einer Motivirung, deren Stichhaltigkeit nur dann angetastet werden könnte, wenn man versuchen wollte, die elementarsten Grundsätze des Bundesrechts zu leugnen, abermals den Satz aufstellt und vertheidigt, daß allerdings zwingende politische Convenienzen das ausschließliche Entscheidungsrecht des Bundes über die Zukunft der Elbeherzogthümer als unausführbar erscheinen ließen, daß aber keinerlei Entscheidung denkbar sei, an welcher nicht der Bund mit mindestens gleichem Recht participirt. Die Weser-Z. will sogar von einem Schreiben des Kaisers Franz Joseph an König Wilhelm, wissen, das von dem Grafen Karolyi am 20. überreicht worden ist. Ueber seinen speciellen Inhalt verlaute natürlich noch nichts; aber es soll sich durchaus in einer den Ansprüchen des Bundes günstigen Richtung bewegen.

Die Angabe, daß zwischen den deutschen Vormächten eine principielle Verständigung über einen gemeinsamen Antrag im Bunde, wegen Zurückziehung der Bundestruppen, getroffen sei, erhält sich, nach der „Berl. M.-Z." nimmt man in Verbindung damit an, daß die Sistirung des Rückmarsches der preußischen Truppen aus den Herzogthümern eine Folge dieses Abkommens und in Uebereinstimmung mit dem österreichischen Cabinet angeordnet worden sei. Nach obigem müssen wir diese Nachricht bezweifeln.

Nach der „Spener'schen Ztg." werden in Folge neuer Cabinetsordre außerdem, daß die in den Herzogthümern stehenden preußischen Truppen vorläufig nicht zurückkehren, sondern daselbst verbleiben, die Truppentheile, welche nach den Herzogthümern zum Ersatz bestimmt sind, dahin abgehen.

Der Friedenstractat zwischen Oesterreich, Preußen und Dänemark, abgeschlossen zu Wien am 30. October, ratificirt in Kopenhagen am 12., in Wien und Berlin am 14. November, ist in der Sonntagsnummer der „Wiener Zeitung" amtlich mit authentischem Urtert in französischer und Uebersetzung in deutscher Sprache publicirt. Der Tractat enthält 24 Artikel, das Protocoll, betreffend die Räumung Jütlands, 6 Puncte, und das Protocoll, betreffend die Ausführung des Friedensvertrages eine Bestimmung. Unterzeichnet sind die Actenstücke von Rechberg, Brenner, Werther, Balan, Quaade, Kauffmann. Neben der Signatur Sr. Majestät des Kaisers befinden sich die Unterschriften von Graf Mensdorff-Pouilly und Baron de Pont.

Man will in Paris aus guten Quellen die Nachricht haben, daß der Papst seine Ansichten über die Convention am 15. December, an welchem Tage in Rom ein Consistorium abgehalten werden soll, kundgeben wird. Von Cardinal Antonelli erwartet das Pariser Cabinet schon in den nächsten Tagen eine Depesche über diese Angelegenheit. Ueber die Reorganisation der römischen Armee schwanken die Angaben noch. Die „Gazzette de France" aber nennt die Nachricht der „Correspondance Bullier", der zufolge Franz II. zum Generalissimus und General Lamoricière zum Obercommandanten der römischen Armee ernannt werden soll, eine Fabel. Die Pariser Regierung scheint übrigens Turin eine neue Concession machen und nach der Uebersiedlung der dortigen Regierung nach Florenz einen neuen Botschafter an dem italienischen Hofe ernennen zu wollen. Zu dieser Stelle soll Graf Walewski ausersehen sein, dessen Frau bekanntlich eine Florentinerin ist.

Auf die papst-freundliche Note, welche Herr Drouyn de Lhuys an die katholischen Mächte gesandt haben soll, um sie über die Tragweite der September-Convention aufzuklären, sollen jetzt die Antworten in Paris eingetroffen sein. Wie ein Pariser Correspondent der „Köln. Ztg." berichtet, hält sich das österreichische Cabinet in seinem Rückschreiben sehr reservirt, spricht aber die auf die vom Kaiser Napoleon gegebenen Garantien gestützte Hoffnung aus, daß die Wünsche der katholischen Mächte Betreffs der Aufrechthaltung der weltlichen Macht des Papstes und der Einheit der Kirche in Erfüllung gehen werden. Spanien hat, wie man versichert, eine Depesche gesandt, welche beweist, daß das Cabinet Narvaez vermeiden will, sich vor den Riß zu stellen, daß es im Gegentheil die Absicht hat, seinen mächtigen Nachbar zu schonen. Spanien will sich nämlich der Weisheit des Kaisers gänzlich überlassen, im voraus überzeugt, daß die ganze französische Politik darin bestehen werde, das Papstthum zu schützen und zu schirmen. Baiern hat die Versicherungen des Herrn Drouyn de Lhuys mit großer Befriedigung aufgenommen und anerkannt, daß sie dem Papstthume vollständige Sicherheit darbieten; zugleich erklärt sich die Regierung dieses Landes bereit, zur Sicherheit des Kirchenstaates durch ein Truppencorps (?) oder durch eine jährliche Steuer beizutragen, die in einer Minister-Conferenz der katholischen Mächte festgesetzt werden könnte. Von Portugal, der vierten der katholischen Mächte, soll die Antwort noch fehlen.

Daß Herrn v. Drouyn's Tage gezählt sind, scheint festzustehen, weniger ausgemacht ist, wer an seine Stelle tritt. Namen tauchen auf und verschwinden wieder, so nach einander Thouvenel, Latour d'Auvergne, Benedetti und Lavalette. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, wie wenig der Kaiser gerade in wichtigen Momenten es liebe, Personen, deren Name ein ganzes Programm ist, an die Spitze der Geschäfte zu stellen. Solche Augenblicke seien es vielmehr, in welchen die homines novi an's Ruder kämen und so habe Herr Herbet, der Abtheilungsdirector im Ministerium des Aeußeren, eine vorzügliche Arbeitskraft, vielleicht mehr Chancen für das Portefeuille, als alle die genannten Diplomaten. Herbet wäre in Wien keine unbekannte Persönlichkeit; man erinnert sich der außerordentlichen Mission, welche ihn im letzten Frühjahre nach Miramare führte.

Ueberraschend klingt die Meldung, daß Fürst Talleyrand, der neue französische Botschafter am russischen Hofe, erst in einigen Monaten definitiv von seinem Posten Besitz nehmen wird. Man verfehlt nicht, diese Thatsache in verschiedenster Richtung zu commentiren.

Die „Moskauer Zeitung" sagt, daß die Interessen Rußlands in der venetianischen Frage die Unterstützung Oesterreichs fordern. Rußland müsse versuchen die durch die September-Convention hervorgegangene Action auf Rom zu lenken. Rußland dürfe Oesterreich über seine Gesinnung nicht in Zweifel lassen und werde so zur Erhaltung des Friedens beitragen.

Nach der „Deutschen Petersburger Zeitung" haben die russischen Truppen nicht die Stadt Chockand, sondern die zwei Breitegrade nördlicher liegende Stadt Taschkent genommen; als Motiv der Execution wird die Züchtigung für Räubereien angegeben.

Ein kais. Ukas (datirt aus Nizza vom 25. Oct.) dehnt die Emancipation auch auf die leibeigenen Bauern im Kaukasus aus.

Herr Slidell, der officiöse Agent der Conföderirten, schreibt man der „Gen.-Corr." aus Paris, hat vergebens an Herrn Drouyn de Lhuys die Aufforderung gerichtet, in der Florida-Angelegenheit gemeinschaftlich mit England zu interveniren. Man zeigt sich hier in neuester Zeit sehr rücksichtsvoll gegen das Cabinet von Washington, vermuthlich, um es endlich zur Anerkennung des mexicanischen Kaiserreiches zu bewegen. Denn diese ist noch keineswegs, wie das „Mémorial diplomatique" zu wissen vorgibt, eine vollzogene Thatsache.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der vorgelegte Adreßentwurf des Abgeordnetenhauses lautet:

„Eure k. k. Apostolische Majestät!

Die erhabene Ansprache, welche Eure Majestät an die wiederberufene Reichsvertretnng allergnädigst zu richten geruhten, hat die wichtigsten Interessen des Reiches berührt.

Die hohe Bedeutung der vom Throne gesprochenen Worte legt dem Abgeordnetenhause die Pflicht auf, mit ehrfurchtsvollem Freimuthe auch seine Auffassung der großen Fragen, welche das Reich bewegen, Eurer Majestät in treuer Ergebenheit zu unterbreiten.

Die gemeinsamen Angelegenheiten der Königreiche und Länder des Kaiserstaates, zu deren verfassungsmäßiger Behandlung die Reichsvertretung zunächst als Gesammt-Reichsrath einberufen wurde, werden im Abgeordnetenhause die ihrer hohen Wichtigkeit entsprechende Sorgfalt und hingebende Thätigkeit finden. Gleicher Eifer und gleiche Pflichttreue werden den Angelegenheiten des engeren Reichsrathes zugewendet werden, dessen unmittelbar folgende Wirksamkeit Eure Majestät in Aussicht genommen. Das Haus fühlt sich jedoch verpflichtet, auszusprechen, daß die regelmäßige, jährlich wiederkehrende Wirksamkeit des engeren Reichsrathes ein in der Verfassung begründetes Recht der in ihm vertretenen Königreiche und Länder ist, daß in dieser regelmäßigen Wiederkehr eine Bürgschaft für verfassungsmäßige Zustände in denselben liegt, und daß sie für die Erfüllung so vieler, wichtiger und dringender Aufgaben ihrer gemeinsamen Gesetzgebung nicht entbehrt werden kanu.

Das Abgeordnetenhaus muß es tief beklagen, daß in einem großen Theile des Reiches die verfassungsmäßige Thätigkeit noch gar nicht begonnen hat, oder völlig unterbrochen ist. Entschiedenes Vorschreiten der Regierung zur Beseitigung dieser den Interessen des Reiches und seiner Bewohner so sehr abträglichen Zustände würde das Vertrauen wieder beleben und vom Abgeordnetenhause mit lebhafter Freude begrüßt werden.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß in nicht ferner Zukunft im lombardisch-venetianischen Königreiche eine aus Wahlen hervorgegangene Landesvertretung tagen werde, und betrachten es als Gegenstand ernster Sorge für Eurer Majestät Regierung, daß der Landtag Galiziens ehestens seine für dieses Königreich überaus nothwendige Wirksamkeit wieder aufnehmen könne.

Von hoher Wichtigkeit für das ganze Reich ist insbesondere auch die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in den beiden Königreichen Ungarn und Croatien. Denn nur hierin sieht das Abgeordnetenhaus den Weg, die Einsicht in die wirklichen Bedürfnisse des Reiches und aller seiner Völker baldigst zu vermitteln und die Schwierigkeiten zu beheben, welche einem gedeihlichen Zusammenwirken aller Kräfte für die Interessen des Reiches und seiner Theile noch entgegenstehen.

Wir halten darum die ungesäumte Einberufung der Landtage dieser Königreiche nach Abschluß der gegenwärtigen Thätigkeit in Angelegenheiten des gesammten Reichsrathes für unerläßlich. Es wird damit einem wohlbegründeten und gerechten Verlangen in jenen Ländern begegnet und auch das aufrichtige Streben von Eurer Majestät Regierung bethätigt werden, die Früchte constitutionellen Staatslebens in Oesterreich allseitig zur baldigen Reife zu bringen.

Wir hegen das Vertrauen, die gesetzliche Vertretung jener Königreiche werde sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die gemeinschaftliche Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches im Interesse Aller liege, und durch dieses unabweislich geboten sei. Das Abgeordnetenhaus wird seinerseits nicht anstehen, was an ihm ist, beizutragen, daß bei unverrückter Wahrung dieses in der Reichsverfassung ausgesprochenen Grundsatzes jenen Ländern im verfassungsmäßigen Wege die nöthigen Garantien für ihre Autonomie in allen Angelegenheiten werden, welche ihren Landtagen vorbehalten sind. Und wenn Vaterlandsliebe und klares Erkennen der Interessen des Staates und seiner Bewohner beiderseits zusammenwirken, dann wird

auch das Werk gelingen, zu dem nach Kräften beizutragen, wir für eine heilige Pflicht eines jeden Jahres halten.

Mit inniger Theilnahme verfolgten Oesterreichs Völker, wie alle Ereignisse, welche Eurer Majestät erhabenes und treugeliebtes Haus betreffen, die Vorgänge, wodurch ein erlauchter kaiserlicher Prinz berufen wurde, in fernen Welttheilen einen neuen Thron zu gründen; möge Gottes Beistand sein edles Wollen und opferreiches Mühen zum Gelingen führen.

Eure Majestät haben vom Throne herab den hohen Werth des allgemeinen Friedens für Oesterreich verkündet; auch das Abgeordnetenhaus hält einen gesicherten und die Bürgschaft der Dauer in sich tragenden Frieden für eine unentbehrliche Bedingung zur Wohlfahrt des Reiches. Solchen Frieden für Oesterreich herzustellen und zu befestigen, erkennt das Haus als ein unverrückbares Ziel für Eurer Majestät Regierung.

Der Friede mit Dänemark hat einer langjährigen Vergewaltigung der Elbe-Herzogthümer ein Ende gemacht, welcher sich entringen zu helfen, ihnen versagt blieb. Der vorausgegangene Kampf hat — Dank der Tapferkeit der kaiserlichen Truppen und Kriegsmarine — den österreichischen Waffen neue Lorbeeren gebracht. Aber noch ist das Werk nicht vollendet, welches Eure Majestät als Gegenstand der innersten Bewegung des gesammten Deutschlands anerkannt, und wofür Oesterreichs tapfere Söhne geblutet haben; noch harren die Herzogthümer der endgiltigen Regelung ihrer Verhältnisse, und das Abgeordnetenhaus glaubt mit Zuversicht, daß die kaiserliche Regierung kräftigst bestrebt sein werde, das begonnene Werk zu krönen und im Zusammenwirken mit dem deutschen Bunde den Herzogthümern zu ihrem vollen Rechte in der Erbfolge und in der selbstständigen Ordnung ihrer Angelegenheiten zu verhelfen.

Den hohen Werth der Bundesgenossenschaft mit Preußen für die Erfolge in dem nunmehr zum Abschlusse gebrachten Kriege anerkennt das Abgeordnetenhaus im vollsten Maße; es kann aber nicht unterlassen, auch die innerste Ueberzeugung von dem gleich hohen Werthe auszusprechen, der in der aufrichtigen Pflege der bundesrechtlichen Beziehungen zu den anderen Staaten des deutschen Bundes für Oesterreich gelegen ist. Es wird darum alle Bemühungen von Eurer Majestät Regierung freudig begrüßen, welche dahin gehen, bundeswidrigen Sonderbestrebungen entgegenzutreten und durch Reformen der Bundesverfassung die Bande noch enger zu knüpfen, welche alle Länder Deutschlands zu einem großen und mächtigen Ganzen vereinen.

Die unheilvollen Ereignisse im Königreich Polen, welche in einem Lande des Reiches die Verhängung von Ausnahmsmaßregeln herbeigeführt, erfüllen auch uns mit tiefer Betrübniß. Das Haus gewärtigt von Eurer Majestät Regierung die ihr nach der Verfassung obliegende Darlegung der Gründe, welche die Verhängung und theilweise Fortdauer jener Ausnahmsmaßregeln nothwendig gemacht, dann der Erfolge, welche dadurch erzielt wurden, kann jedoch den lebhaftesten Wunsch nicht unterdrücken, daß, wenn etwa bisher deren Nothwendigkeit vorhanden war, diese doch in kürzester Zeit entfallen möge.

Eure Majestät haben die besondere Aufmerksamkeit des Reichsrathes für die Reichsfinanzen in Anspruch zu nehmen geruht. Und in der That ist die Finanzlage des Reiches eine sehr ernste.

Die Ausgaben überragen fortwährend die Einnahmen, die hoch gespannte Steuerlast der Staatsbürger erträgt kaum mehr eine Erhöhung, das Staatsvermögen ist namhaft verringert, die stete Benützung des öffentlichen Credits, auch in Jahren des Friedens, muß zu schweren Bedrängnissen, und kann endlich zu unheilvollen Krisen führen.

Das Abgeordnetenhaus vermag in dem bloßen Streben nach Ersparungen zur Anbahnung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte für eine ferne liegende Zeit eine genügende Gewähr für eine dauerhafte Ordnung des Staatshaushaltes nicht zu erkennen; es hält vielmehr die völlige Umkehr zur strengen Regelung der Staatsausgaben nach dem Maße der ordentlichen Einnahmen — außerordentliche Fälle ausgenommen — für den unverweilt nöthigen und allein erfolgreichen Schritt, um jenes Gleichgewicht wieder herzustellen und die finanziellen Kräfte des Staates der Wiedererstarkung zuzuführen, deren das Reich bedarf, um seine Machtstellung zu behaupten und seine innere Wohlfahrt zu sichern.

Namentlich erscheint es unerläßlich, nach den schon in früherer Zeit von Eurer Majestät ausgesprochenen Intentionen, die Ausgaben für Heer und Flotte herabzusetzen, und es kann dies bei einer erfolgreichen, nur durch die Interessen der österreichischen Völker bestimmten Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ohne Gefahr für das Reich geschehen. Ebenso gestatten die geänderten Einrichtungen im öffentlichen Leben der Gemeinden und Länder bereits im ausgiebigsten Maße die Vereinfachung der staatlichen Verwaltung.

Wie das Abgeordnetenhaus diese Gesichtspuncte bei der Feststellung der Ausgaben für maßgebend erachtet, wird es auch die Gesetzentwürfe zur Regelung der directen Besteuerung im Interesse einer gerechten und gleichmäßigen Vertheilung der Steuerlast sorgfältiger Würdigung unterziehen. Die Schlußfassung über die Zulässigkeit und Angemessenheit einer Feststellung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1866 in unmittelbarer Folge auf jene für das Jahr 1865 glaubt das Haus dem Zeitpuncte der wirklichen Vorlage jenes Voranschlages vorbehalten zu müssen.

Die Staatsrechnung für 1862 wird der verfassungsmäßigen Prüfung vom Hause unterzogen werden; allein solche Prüfung kann nur durch das im Auftrage Eurer Majestät schon längst in Aussicht gestellte Gesetz über die Minister-Verantwortlichkeit ihre wahre Bedeutung erlangen, und das Abgeordnetenhaus hält es für seine Pflicht, klar und bestimmt auszusprechen, daß dieses Gesetz eine der dringenden Ergänzungen der constitutionellen Staatseinrichtungen für Oesterreich bilde.

Die schweren Bedrängnisse, unter welchen die Industrie im Kaiserstaate leidet, sind zum großen Theile die Folge unabwendbarer Ereignisse; nicht wenig aber tragen hiezu das Schwanken der Valuta, die durch den Bedarf des öffentlichen Credites erzeugte Vertheuerung des Capitales für alle Zweige der Volkswirthschaft, dann die Unsicherheit bei, in welcher sich die Frage der handelspolitischen Stellung Oesterreichs zu den andern Staaten Deutschlands seit längerer Zeit und namentlich mit Hinblick auf das nahe Ende des Vertrages vom Jahre 1853 befindet.

Das Abgeordnetenhaus muß es daher auch bedauern, daß die Regierung Eurer Majestät noch immer nicht in der Lage ist, die Resultate der Verhandlungen über diese Frage vorzulegen. Wir geben uns jedoch der Erwartung hin, daß die großen Nachtheile, welche durch die Erfolglosigkeit der bisherigen Verhandlungen auf handelspolitischem Gebiete den österreichischen Interessen erwachsen sind, und fernerhin drohen, mittelst der in Aussicht gestellten Veränderungen der Zollgesetzgebung sich werden verringern lassen. Eine kräftigere Wahrung und Förderung wird aber den volkswirthschaftlichen Interessen nur durch deren im Staatsorganismus bisher mangelnde einheitliche Leitung zu Theil werden.

Die Wichtigkeit der Eisenbahnen als Verkehrsmittel hat das Abgeordnetenhaus schon in der letzten Session bestimmt, die Nothwendigkeit eines neuen Eisenbahn-Concessions-Gesetzes auszusprechen, wodurch nicht nur der Unternehmungsgeist ermuntert, sondern auch der Reichsvertretung der ihr gebührende Einfluß bei Errichtung neuer Linien gesichert wird.

Wir können daher nur wiederholt ehrfurchtsvoll bitten, daß Eure Majestät geruhen möge, die Regierung mit der Einbringung einer solchen Vorlage vor den versammelten Reichsrath zu beauftragen.

Die Gesetzentwürfe zur Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, dann zur Förderung der volkswirthschaftlichen Interessen überhaupt, sowie die anderen zur Competenz des gesammten Reichsrathes gehörigen Vorlagen, wird das Abgeordnetenhaus der sorgfältigsten Berathung unterziehen.

Auch geben wir uns mit Hinblick auf die von Eurer Majestät bereits in Aussicht gestellten Vorlagen für den engeren Reichsrath schon jetzt der Hoffnung hin, daß die mit dem Heiligen Stuhle eingeleiteten Unterhandlungen auch die gesetzmäßige Regelung jener in das Gebiet der Staatsgesetzgebung fallenden Verhältnisse ermöglichen werden, welche durch die von Eurer Majestät mit Seiner Heiligkeit vereinbarte Acte vom 18. August 1855 berührt sind.

Eure Majestät! Die kaiserliche Huld und Gnade, deren Eure Majestät die Mitglieder der Reichsvertretung zu versichern geruhten, erhöht in uns Allen das Gefühl der Treue für unseren geliebten Herrscher; und wie wir in Liebe zum Gesammtvaterlande ehrfurchtsvoll und offen die Anschauungen, die uns leiten, ausgesprochen, so werden wir uns unermüdlich und gewissenhaft dem Werke widmen, für welches Eure Majestät den Rath und Beistand der Reichsvertretung verlangt haben. Möge Gottes segnende Hand auf demselben ruhen, daß es gedeihe zur Ehre und Größe des Reiches, zum Ruhme seines Kaisers, zum Heile seiner Bewohner!

Gott erhalte, Gott schütze, Gott segne Eure Majestät!

Pratobevera, Obmann.	Dr. Giskra, Berichterstatter.

Nach dem „Pester Lloyd" hat der auf den ungarischen Reichstag bezügliche Passus des Adreßentwurfes bei der letzten Berathung wesentliche, und zwar dem Ausgleiche günstige Aenderungen erfahren. Von Wichtigkeit erscheint ganz vorzugsweise, daß an der Stelle, wo die Adresse von den Garantien für ihre (Ungarns und Croatiens) Autonomie in allen Angelegenheiten, welche durch die Verfassung ihren Landtagen vorbehalten sind", spricht — daß an dieser Stelle die Worte „durch die Verfassung" — worunter natürlich die Februar-Verfassung gemeint sein mußte — gestrichen worden sind.

Der Steuerreform-Ausschuß hielt am 26. d. seine erste Plenarsitzung. Dr. Mühlfeld stellte den Antrag, der Ausschuß möge sich in zwei Sectionen theilen, und der ersten die Grundsteuerreform, der zweiten die Reform der Gebäude-, Zins-, Erwerb- und Rentensteuer, und der Personal- und Classensteuer überreichen: die Elaborate der Section sollten jedoch dem Plenum des Ausschusses zur Berathung vorgelegt werden. Baron Tinti beantragte die Theilung in drei Sectionen, zog aber seinen Antrag später zu Gunsten des Mühlfeld'schen zurück, welcher nur noch die Modification erhielt, daß der ersten Section auch die Berathung der Gebäudesteuer zugewiesen wurde. Die Theilung in zwei Seetionen wurde von dem Ausschusse sogleich vorgenommen.

Zu unserem Bericht in Angelegenheiten Rogawski's haben wir noch nachzutragen, daß auf die von Dr. Waser gestellte Frage: ob das Abgeordnetenhaus competent sei über den Verlust des Mandates eines Abgeordneten einen entscheidenden Beschluß zu fassen? die anwesenden Minister erklärten, erst dann Antwort geben zu können, nachdem die Sache im Ministerrathe zur Sprache gebracht worden sei.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. November.

Ihre Majestät die Kaiserin Elisabeth wird dem feierlichen Einzuge der aus Schleswig-Holstein siegreich zurückkehrenden Truppen auf dem Balkon des Hauses Nr. 9 auf dem Kärtnerring, zur Residenz Sr. kais. Hoheit des Hoch- und Deutschmeisters Erzherzog Wilhelm gehörig, in Begleitung Ihrer Excell. der Obersthofmeisterin und mehrerer zum a. h. Hofe gehörigen Damen beiwohnen.

Ihre kais. Hoh. Herr Erzherzog Joseph sammt Gemalin sind heute Morgens nach Linz abgereist.

Der Fürst von Hohenzollern war gestern zur Tafel bei Sr. k. Hoheit dem Prinzen Wasa geladen. Abends besuchte der Fürst das Theater an der Wien und wohnte der Vorstellung in einer Parterre-Loge bei.

FML. Fhr. v. Gablenz wurde von der Gemeinde Bodenbach zu ihrem Ehrenbürger ernannt und ihm das geschmackvoll ausgearbeitete Ehrendiplom nach Berlin übersandt.

Der König von Preußen hat dem Commandeur des österreichischen Infanterie-Regiments Nr. 24, „König Wilhelm von Preußen", Oberst v. Benedek eine kostbare Porzellain-Vase aus der Berliner königl Porzellanmanufactur mit seinem Bildniß zum Geschenk gemacht. Diese Vase ist nach Prag abgegangen, wo das Regiment sein Standquartier hat.

Unter den Sträflingen im Strafhause in Stein brach, wie das „Kr. Wochenbl." schreibt, am 25. Vormittag eine Revolte los, zu deren Unterdrückung Militär verwendet werden mußte. Nachmittags rückte Militär nach. Unzufriedenheit mit der Kost soll die Ursache des Exzesses sein, der im Publicum als Zeichen rohen Uebermuthes mit großem Unwillen aufgenommen wurde, da man weiß, daß die Sträflinge genügende Kost haben und überhaupt gut verpflegt sind, während sehr viele Leute, die zur Erhaltung derselben beisteuern müssen, bei anstrengender harter Arbeit die größten Entbehrungen zu ertragen haben.

Wie seinerzeit erwähnt, wurde der Katechet an der Teschner Hauptschule, Dr. Georg Prutek, in Folge einer im schlesischen Landtag gegen das Concordat gehaltenen Rede suspendirt. Wie wir in der „Silesia" lesen, wurde demselben eine Pension zugestanden.

Vergangenen Mitwoch war incognito der junge König von Baiern in Innsbruck. Man erzählt von ihm folgende Anekdote: Er ging über die Brücke und frug einen Bürger wo denn das Wirthshaus „zur Sonne" sei. Dieser hielt ihn für einen Studenten und rieth ihm wohlmeinend, er möge doch beim „Stern" einkehren wo es viel billiger sei.

Der Hofopernsänger Herr Ander wird dieser Tage von Wartenberg in Wien eintreffen, um, wie es heißt, in eine Krankenanstalt gebracht zu werden.

Die Nachrichten aus Friaul, schreibt die „G. uff. di Venezia", bestätigen die Auflösung der bewaffneten Banden, deren Mitglieder jetzt fast alle in den Händen der Behörde sind. Unter denen die sich freiwillig gestellt, ist der bekannte Giordani, einer der Führer der ersten Bande, und ein gewisser Petrucco, Neffe des Dr. Andreuzzi. Verborgen halten sich Dr. Andreuzzi und Tolazzi und die beiden Führer der zweiten Bande Asquini und Cella, die nach den übereinstimmenden Aussagen der Verhafteten von ihren Genossen verlassen und bloß auf das eigene Entrinnen bedacht, auf den Bergen herumirren oder nach Illyrien zu entkommen suchen, um sich einzuschiffen, was ihnen bis jetzt noch nicht geglückt sein soll.

Deutschland.

Nach der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung" vom 27. ist den betreffenden Behörden in Altona die officielle Anzeige zugegangen, daß der Rückmarsch der preußischen Truppen sistirt worden und daß in Allem 6 Bataillone Infanterie, 1 Husarenregiment und der Stab der Brigade bis auf Weiteres hier verbleiben werden. Wie es heißt, würde Prinz Friedrich Carl mit seinem Stabe heute hier eintreffen. Die am 26. nach Hamburg abgegangenen preußischen Truppen sind am 27. nach Altona zurückgekehrt.

Am 23. d. war der lauenburgische Landtag versammelt, aber nur sehr kurze Zeit beisammen. Wie es heißt, ist wesentlich nur Bericht über die Sendung nach Berlin erstattet und die Art und Weise berathen, wie man das Land am besten von Uebernahme der Lasten befreien könne.

Der Münchener Abendzeitung zufolge hat „eine mit den Intentionen des Staatsregierung vertraute Persönlichkeit" über die Stellung des Ministeriums zu der Frage des Seminars in Speier sich folgendermaßen geäußert: „Das Ministerium ist fest entschlossen, in diesem Zwiespalt das sonnenklare Recht der Krone bis in seine äußersten Consequenzen zu verfolgen. Es ist dabei überzeugt, daß seine Beharrlichkeit in diesem einen Punct die Lösung bringen wird für viele schon aufgeworfene, daß sie die Vermeidung sein wird vieler bereits in Vorbereitung begriffener und im Falle seiner Nachgiebigkeit alsbald auftauchender Fragen. Die Erhaltung des Friedens zwischen den Confessionen ist hierbei sein Ziel; denn es weiß recht wohl, daß jene erste Nachgiebigkeit viele folgende nach sich ziehen, und daß dann auf anderer Seite Argwohn oder Beängstigung entstehen würde. Das Ministerium wird weder seinem Rechte, noch seiner Würde im mindesten etwas vergeben." Zugleich hat dasselbe Blatt gehört, daß ein mit besonderen Vollmachten ausgerüsteter Ministerial-Commissär bereits von München nach Speyer abgeordnet worden sei.

Nach Berichten aus Kassel vom 25. d. wird der Kurfürst die Deputation mit der Adresse über die Stimmung des Landes (Jungermann'scher Antrag) nicht empfangen.

Bekanntlich fand im verwichenen Sommer zu Eisenach eine Versammlung deutscher Burschenschaften statt. Wie man der „D. A. Z." aus Halle berichtet, ist nun gegen die Theilnehmer an dieser Versammlung auf allen preußischen Universitäten eine Untersuchung eingeleitet worden, in deren Folge man vielseits an eine bevorstehende Auflösung aller burschenschaftlichen Verbindungen in Preußen glaubt.

Die seit 2 Jahren erledigte Stelle eines Directors des eidgenössischen statistischen Bureaus in Bern soll dem National-Oekonomen Max Wirth in Frankfurt übertragen werden.

Die Berliner „N.-Z." schreibt: Se. Maj. der König conferirte am Donnerstag vor seiner Abreise lange Zeit mit dem Ministerpräsidenten, dem Kriegsminister und dem designirten Höchstcommandirenden der preußischen Truppen in Schleswig-Holstein, Hrn. Herwarth v. Bittenfeld. Die Angabe, daß jene Berathung die Herzogthümer-Angelegenheit betroffen habe, gewinnt volle Bestätigung. Es heißt, in jener Berathung sei die Sistirung des Truppenrückmarsches beschlossen worden, welche durch Cabinetsordre von Minden aus befohlen wurde. In Berlin war gestern das Gerücht von einem blutigen Conflict zwischen preußischen und Bundes-Truppen in den Herzogthümern verbreitet, dasselbe ist bis jetzt ohne Bestätigung geblieben. Die junge Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, eine Nichte unseres Prinzen Adalbert, welche im vorigen Sommer ihre Vermählung feierte, befindet sich, wie man in Hofkreisen wissen will, in interessanten Umständen. Vielfach hat man von feudaler Seite die Angabe verbreitet, die ehemaligen Minister v. Auerswald und v. Schleinitz (letzterer jetzt k. Hausminister) hätten ihre Uebereinstimmung mit der Politik des Hrn. v. Bismarck an den Tag gelegt. Man versicherte, daß beide Herren gar keine Gelegenheit gehabt, ja vielleicht absichtlich jede vermieden hätten, ein derartiges Urtheil auszusprechen. Auch Herr v. Vincke, den die Grundsteuerregulirung hieher geführt, läßt in Organen, denen er nahe steht, verbreiten, daß er von seinen streng constitutionellen Grundsätzen in keiner Weise abgewichen sei. Die Verhandlungen über die Glogauer Affaire, welche kürzlich in allen Zeitungen besprochen wurde, sind bereits ad acta gelegt. Die dabei betheiligte Drogand hat sich veranlaßt gesehen, ihre Vaterstadt Glogau zu verlassen.

Ansässige Schweizer in Berlin haben dem Bundesrath ein Gesuch um Errichtung eines Consulats in dieser Stadt eingereicht. Der Bundesrath hat geglaubt, dieses Gesuch abschlägig bescheiden zu müssen: erstlich, weil ein bloßes Consulat dem Charakter Berlins als preußischer Residenzstadt nicht entsprechen würde, und zweitens, weil für die Errichtung eines General-Consulates daselbst kein Bedürfniß vorhanden ist.

(Zum Glogauer Vorfall.) Der so großes Aufsehen erregende Fall der angeblich an Kohlendampf erstickten Agnes Sander veranlaßt einen Correspondenten der Wr. Med. Wochschr., die ärztlichen Autoritäten Wiens zu einer Aeußerung über dieses noch unerklärte Ereigniß zu bewegen. Er übersendet zu diesem Behufe den „quasi" amtlichen Bericht von dem Divisions-Auditeur Spittgerber, bemerkt aber zu diesem: die Antonie Drogand stehe in schlechtestem Rufe, obwol sie die Tochter eines wohlhabenden Kaufmannes ist. Sie leide schon seit 10 Jahren an epileptischen Anfällen. Die Agnes Sander erfreute sich eines guten Rufes; durch Zeugenaussagen sei bewiesen, daß die Sander von der Drogand abgeholt worden ist; ebenso, daß das nicht mittellose Mädchen (die Sander) in schlechtem Anzuge, Hausschuhen, vom Waschfaß weg, abgeholt wurde, während sie, da die Mutter und Schwester verreist waren, keine Ursache hatte, die Absicht des Besuches zu verbergen; sie war bis auf unbedeutende Adhäsionen der Pleura gesund; entgegen dem Splittgerberschen Berichte, habe die Drogand in dem wider den Redacteur des „Niederschles. Anzeigers" eingeleiteten Proceß ausgesagt: daß, als der Lieutenant Krause die Sander in den Alcoven geführt, diese sie um Hilfe gerufen habe, und, als sie hineingehen wollte, der andere Officier sie mit den Worten: „Das schickt sich nicht" davon abgehalten habe. Fest steht daß die Tochter des Droschkenkutschers Käßner um 8 Uhr in dem Zimmer hat heftig weinen hören. Das Feuer in der Stube sei nach 1 Uhr Mittags angezündet und die Klappe um 5 Uhr geschlossen worden. Der Correspondent fordert nun auf, unter Berücksichtigung dieser Thatsachen genau den amtlichen Bericht durchzulesen, und zu erwägen, ob in der Literatur ein Fall vorliegt, daß in Folge von Kohlen-Oxydgas vier Personen gleichzeitig einschlafen, die Eine stirbt, und den drei andern fast nichts zustößt, denn die Officiere waren am andern Tage ganz munter.

Frankreich.

Paris, 26. November. Der „Moniteur" zeigt an, daß Drouyn de Lhuys mit Kern, dem bevollmächtigten Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft, die Ratificationen des Handelsvertrages, sowie des Vertrages wegen der Niederlassung der beiderseitigen Landesleute, der Convention über das literarische, artistische und industrielle Eigenthum und der Convention über die nachbarlichen Verhältnisse und die Ueberwachung der Gränzforsten ausgewechselt hat. — Nach einer langen Conferenz zwischen Herrn von Girardin und dem Herzog v. Persigny haben die beiden Herren beschlossen, den Brief des letzteren heute in der „Presse" zu veröffentlichen. — Mirès antwortete, daß die Regierung ihn allerdings gemaßregelt habe, indem sie den officiösen Blättern verbot, seine Reclamen abzudrucken. Die Regierung will aber nicht, daß in Blättern, von denen bekannt ist, daß sie unter ihrem Einfluß stehen, Reclamen in Form von national-ökonomischen Leitartikeln erscheinen, welche dem Unternehmen den Anschein geben, als würde sie es beschützen. — Die Kaiserin ist vorgestern Abend nach Paris gekommen und 36 Stundern hier geblieben. Ihre Anwesenheit in Paris erfuhr man aber erst nach ihrer Rückkunft in Compiègne.

Der Brief des Herrn v. Persigny an Em. de Girardin und die Note des „Constitutionnel" ist noch immer das Tagesgespräch. Herr v. Persigny hatte in seinem Brief von der Möglichkeit gesprochen, daß auch in Frankreich die Presse einst frei sein könnte. Es kommen in diesem Brief u. A. folgende Sätze vor: „Die Grundidee, welche Sie mit so viel Talent entwickeln, ist des ernstesten Nachdenkens werth, und ich glaube, daß sie zuletzt auch durchdringen wird... Aber es ist nicht genug, Recht zu haben, es gehört auch dazu, daß die öffentliche Meinung Ja dazu sagt. Gewiß, der Tag, wo die Presse frei sein kann, wie in England, dieser Tag wird das Ende unserer Revolutionen sein und der Anfang eines regelmäßigen Zustandes.... Ich muß gestehen, daß die Frage der Presse mich viel beschäftigt und daß ich mich heute sehr wenig geneigt fühlen dürfte, das jetzige Regime ohne tiefgreifende Veränderungen aufrecht zu erhalten." Diese letzte Stelle nun veranlaßte das bereits erwähnte Communiqué im „Constitutionnel". Darauf daß Persigny gewissen Leuten zu liberal erscheinen könnte, war man nicht gefaßt. Ein Pariser Correspondent der „Köln. Ztg." schreibt: „Die Notiz im „Constit." gegen Persigny macht großes Aufsehen.

Nicht, als ob man den in Frankreich unbekannt und unbeachtet gebliebenen Brief an Herrn v. Girardin auch nur einen Augenblick für den officiellen Ausdruck einer Regierungsmeinung angesehen hätte, aber man hat sich mit der Hoffnung geschmeichelt, daß der Kaiser allmälig mildere Saiten in Sachen der Presse aufziehen werde. Wenn der „Const." ermächtigt ist, den Mann, vor dem er sich gestern noch im Staube wand, im Namen des Kaisers zu tadeln, so ist das ein um so schlimmeres Zeichen, als Herr v. Persigny noch von Niemanden für einen Marquis Posa gehalten worden ist. Merkwürdiger Weise tritt gerade jetzt ein Mann von Talent, der bekannte Saint-Simonistische Schriftsteller Charles Duveyrier, mit einem Werk vor die Oeffentlichkeit, welches sich die Aufgabe stellt, den Bonapartismus zur Freiheit zu bekehren. „L'avenir et les Bonaparte" heißt diese Schrift, welche nächste Woche — und wir glauben zu nicht sehr gelegener Zeit — hier erscheinen wird.

Schweiz.

Ein Berner Corr. der „A. A. Z." schreibt unterm 24. d.: In den heutigen Berner Blättern sind die Abschiedsbriefe des Dr. H. Demme und der Flora Trümpy, seiner Verlobten, an die Eltern des erstern veröffentlicht. Leider kann ich nicht verschweigen, daß das Gerücht diese Briefe wie den Selbstmord der Vermißten überhaupt als Erdichtung bezeichnet, und die „Berner Ztg." diesem Gerücht sogar Ausdruck gegeben hat mittels eines „Eingesandt"; welches den Dr. H. Demme eines neuen Verbrechens, eines Diamantendiebstahls, wegen dessen derselbe neuerdings in Untersuchung gezogen worden sei, beschuldigt. Dieser Untersuchung soll sich Dr. H. Demme durch die Flucht entzogen haben, und darum die Lüge des Selbstmords. Bemerken will ich nur noch, daß Professor Dr. Demme in der „Bern. Ztg." die öffentliche Erklärung auf Ehre und Gewissen abgibt: die Anzeige von dem Tode der Vermißten erst nach den gründlichsten und vielseitigsten Nachforschungen mit „blutendem Herzen" gemacht zu haben, und daß, wenn jene Abschiedsbriefe geschrieben worden seien, um eine Flucht zu verdecken, er, getäuscht gleich den anderen, über einen solchen verbrecherischen Schritt zuerst den Stab brechen werde. Die „N. Zür. Ztg." sagt: Bei der Persönlichkeit des Angeklagten Dr. Demme, wie solche während der Gerichtsverhandlungen in Bern uns erschien, hielten wir die Nachricht von seinem im Genfer See gesuchten und gefundenen Tod für sehr glaubwürdig. Einzig der Umstand, daß der Vater, Professor Demme, offenbar an den Tod seines Sohnes und der Flora Trümpy zu glauben schien, und die Voraussetzung, daß er sich nicht zum Werkzeug einer unerhörten Mystification des Publicums hergeben werde, konnte uns bewegen, jener Nachricht von dem romantischen Tod des Liebespaars Glauben zu schenken, obschon gleichzeitig die affectirte Geschäftigkeit höchst verdächtig erschien, mit welcher die Todesnachricht in deutschen Blättern telegraphisch verbreitet wurde, noch ehe sie in Berner Blättern stand. Jetzt ist die Sache in ein weniger romantisches Stadium getreten. Wir enthalten uns auch jetzt noch jeden Urtheils, indessen aber mag es von Interesse sein, rücksichtlich des Brillanteurings einen bei den Acten liegenden Brief der Frau Trümpy mitzutheilen. Am 16. Mai d. J. (Pfingstmontag), zu einer Zeit wo sie am stärksten von Hallucinationen geplagt war, schrieb Frau Trümpy aus der Gefangenschaft an Herrn Lenzinger Schnell (der frühere Associé Trümpy's, Geschwisterkind mit diesem und Vogt Flora's): „Herrn Lenzinger Schnell! Flora erhielt seinerzeit von Herrn Dr. Demme einen Brillantenring von 2000 bis 2500 Francs zum Geschenk. Jetzt wünscht er ihn zurück. Lamentirt und jammert auf eine fürchterliche Weise ob uns, er möchte den Ring haben. In seiner jetzigen Lage finde ich, Flora sollte den Ring ihm zurückerstatten. Sie war schon geneigt denselben zu geben, doch die Großmutter, diese Egoistin, zwingt sie denselben zu behalten; ich finde diese Handlungsweise für schmählich, und will absolut, daß Flora denselben zurückgeben soll. Doch mit der Alten ist nichts anzufangen, und ich muß dich bitten kraft deines Amtes den Ring abzufordern. Bitte dich sofort, ihr solches streng zu befehlen. Schließlich bitte ich dich in keinem Falle deine Stelle als Vogt abzugeben. Grüßt dich ergebenst Sophie Trümpy-Müller." Dieser Brief wurde vom Untersuchungsrichter seinerzeit nicht an seine Adresse geschickt. Wir können auch nicht sagen, was aus dem Ring geworden ist, [illegible] indessen, daß wir auch in dieser Richtung die Wahrheit erfahren und sodann weitere Mittheilung machen. Der Bund erklärt, der Vormund der Flora Trümpy habe eine Klage gegen Demme wegen Entführung angestellt. (Nach einem Pariser Telegramm der „N. Fr. Presse" sollen die todtgeglaubten Liebenden in Havre gesehen und sofort von dem schweizerischen Consul deren Auslieferung verlangt worden. In Bern dagegen hieß es, sie wären über den Simplon nach Italien gegangen, und sich nach Mexico einzuschiffen.)

Spanien.

Aus Madrid, 26. d., wird telegraphirt: „Herr Mercier ist angekommen. Die Wahlen sind günstig für die gemäßigten Liberalen ausgefallen. Den Nothständen zufolge sind mehrere mit Kohlen und Lebensmitteln beladene Schiffe abgegangen, um das Geschwader des stillen Meeres mit ihrem Inhalte zu versorgen."

Italien.

Nach der „Indep. belge" enthält Sella's Finanzproject 18 Artikel. Er fordert Erhöhung der Tabak- und Salzpreise, der Zoll- und Poststempelsätze, Abzüge an den Beamtengehalten, Getreideverbrauchsgebühren, Vorausnahme der Grundsteuer für 1865 und Domänenverkauf. Wenn dies nicht bewilligt würde, müsse der Staatsbankerott am 1. Jänner eintreten. Das Parlament [illegible] sich für die harten Nothwendigkeit und erfolgten die freiwilligen Anerbote der städtischen Municipalitäten.

Die Turiner „Stampa" meldet, daß die Bank von Neapel den Beschluß gefaßt hat, für 5 Millionen Schatzbons zu nehmen und die Grundsteuer der ganzen Provinz, die sich auf 4 Millionen beläuft, vorzuschießen. Die Blätter bringen noch immer lange Listen von Städten, deren Gemeinderäthe beschlossen haben, im Nothfalle die Grundsteuer von 1865 für die Besteuerten vorzuschießen.

Rußland.

In der Warschauer Gubernialregierung sind im Monat November Licitationen zur Verpachtung der Accise-Einkünfte aus den Aerar-Städten des Warschauer Gouvernements auf die zwei nächsten Jahre abgehalten worden. Die Zahl der sich um die Pachtung bewerbenden Personen war den Dzien. Warsz. zufolge sehr bedeutend und das Resultat dieser Licitationen ungemein günstig, da der erhaltene Ueberschuß in den genannten Einkünften für den Staatsschatz im Verhältniß der Preise, für welche diese Einkünfte im laufenden Jahre verpachtet sind, im Allgemeinen die Summe von 80,836 SR. 97 Kop. jährlich beträgt, was von dem wachsenden Aufblühen der Industrie und der Befestigung der ökonomischen Verhältnisse des Landes Zeugniß gibt.

Vom Neujahr 1865 angefangen wird in Warschau ein neues literarisches Blatt in polnischer Sprache: „Opiekun domowy" unter Redaction Mieczyński's erscheinen.

Amerika.

Die Washingtoner Depesche vom 9. d., welche das Gerücht von der Räumung Atlanta's dementirt, lautet: Die Geschichte von der Niederbrennung Atlanta's und dem Marsche Sherman's nach Charleston findet in hiesigen militärischen Kreisen keinen Glauben. Gestern eingetroffene amtliche Berichte von Sherman können aus Klugheitsrücksichten vor der Hand noch nicht veröffentlicht werden; soviel aber läßt sich daraus mittheilen, daß Sherman's gegenwärtige Operation einen bedeutenden Erfolg versprechen und daß seinen Communicationen keinerlei Gefahr droht.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 29. November.

* Der Höchstcommandirende und Statthalter von Galizien FML. Freiherr v. Paumgartten, ist heute mit dem Frühzuge von hier nach Lemberg abgereist. Bei der gestrigen Vorstellung des höheren Conceptspersonales der hiesigen Statthalterei-Commission bemerkte der neu ernannte H. Statthalter F. M. L. Baron Paumgartten, daß er mit vielem Vergnügen an seine Bestimmung gehe, zu der ihn das Vertrauen Sr. Maj. des Kaisers berufen, daß er mit vollem Ernst sich bestreben werde, mit den Verhältnissen des Landes bekannt zu werden und das allgemeine Beste zu fördern. Die Vorstellung des Personales von Seite des Hofraths Grafen Cavriani geschah auf eine für dasselbe höchst schmeichelhafte Art.

* Sonntag ging hier ein Drama des Dichters der „Amaranth", „der Zunftmeister von Nürnberg" in Scene. Der Beifall, den es gefunden, galt mehr dem trefflichen Spiel der beiden Wiener Gäste, als dem Drama selbst. Die Beziehungen des Stückes liegen, obgleich Krakau und Nürnberg viel kunstgeschichtliche Berührungspuncte haben, viel zu fern, um all den Jammer, die Begeisterung und Leidenschaften mitzufühlen und zu begreifen, die an diesen Stein- und Ameisenhaufen sich knüpfen. Was ist uns Nürnberg? was Hekuba? wie können wir uns an den nebenbei gesagt höchst prosaisch klingenden Worten erheben: ich litt und stritt für die Stadt, an denen der Goldschmied Kraft sich die Kraft holt zum Dulden und Tragen, zu Opfern und Leiden. An diesem spießbürgerlichen Zeug mußte auch die Schöpfungskraft eines Redwitz erlahmen; die ersten Mahnungen einer hereinbrechenden neuen Zeit, das erste Anpochen der Forderungen eines neuen Lebens, der Kampf zwischen alten verrotteten Privilegien und angebornem Recht, dies Alles ist wohl im Stand, unser Interesse mächtig zu fesseln, aber dann hätte der Dichter seine Hebel auch anderswo ansetzen sollen, wo diese Regungen und Strebungen den Charakter eines welterschütternden Streites annehmen, hier sind die Verhältnisse zu klein für die großen Ideen; das Stück muthet an wie ein Gelegenheitsgedicht, ein Glückwunsch zum Namensfest, die über die nächsten Kreise hinaus jeden kalt lassen. Genug an dem, der „Zunftmeister" stand auf dem Repertoir des Herrn Selar und des Fräulein Pidol, die als „Kraft" und „Agnes Behaim" das wohlstudirte Bravourconcert doch vorführen wollen und müssen — schon wegen der Costume, in welchen das Fräulein abermals prunkte, rauschte und bauschte. Hier theilte oder persifflirte das Fräulein jedoch den Versuch des Dichters, das Mittelalter dem modernen Geschmack mundgerecht zu machen, indem die altdeutschen, auf engere Verhältnisse berechneten Gewänder es sich gefallen mußten, auf die Folter der unentbehrlichen Crinoline gespannt zu werden. (Ihr Bäschen wies sogar unter einem glockenartig baumelnden Röckchen, kurz wie ihre Rolle, ein Paar höchst anachronistischer Stiefelchen und unmittelalterlicher Beine.) Herr v. Selar machte aus dem Goldschmied Kraft, was aus der schon in der Anlage vergriffenen Figur zu machen war. Fräulein Pidol hätte mit den großen geistsprühenden Augen und dem gefühlvollen Spiel selbst den Dichter zufriedengestellt, der sie sich als Typus der „leibhaftigen Poesei" gedacht, aber wieder sein Schmerzensregister um ein unerreichtes Ideal bereichert hat. In ihrer Abschiedsscene mit dem Geliebten prägte sich ebensoviel Wahrheit und Innigkeit aus, als Fräulein Breyer, die Mutter Kraftin (eine Person, die wie so viele andere, ganz unbeschadet des Verständnisses aus dem Stück herausgestrichen werden kann), ihrem Part zu verleihen wußte. Fräulein Marie Weinberger und die Herren v. Kochausky (Altgeselle), Söld, Paulmann (Geisbart), Wehn und Richter schickten sich wohl in ihre Rollen. Aus Anlaß des Drama waren einige der neuen Decorationen, welche Director Blum gemalt hat, dem Publicum vorgeführt und auf der Affiche, um etwaige Verwechslungen mit den älteren von Gropius gemalten zu vermeiden, besonders bezeichnet. Diese Vorsicht war überflüssig, das Publicum erkannte die neuen Decorationen auf der Stelle und ein Theil desselben klatschte dem Maler einen leider unofficiellen Beifall. Noch lebhafter war jedoch der Applaus, mit welchem Hr. Director Blum der nach längerem Fernsein von der Bühne als Bürgermeister Behaim zum erstenmal wieder aufgetreten, begrüßt und empfangen wurde. Minutenlang anauernder Beifall zeigte ihm, wie hoch man seine Thätigkeit als Schauspieler zu schätzen weiß. Die Durchführung dieser neuen Rolle stellte ihn noch höher in der allgemeinen Anerkennung.

* Frl. Pidol, deren reiche Mittel für das tragische Fach während des hiesigen Gastspieles Anerkennung gefunden, beschloß dasselbe gestern in der Reprise des „Montjoye". H. v. Selar wird das seinige morgen als Dr. La Pommerais beendigen in Lang's gleichbetiteltem „Volks- und Familiendram", das die cause celèbre von Liebelei bis zum Schaffot, ab ovo ad poma, mit Tanzdivertissements und Maskenball, dessen Arrangement und Leitung der neuengagirten Balletmeisterin Frau Ottinger und ihrem ad latus Frl. Schreiner anvertraut ist, in Scene setzt. In Wien hat das Stück eine lange Reihe von Wiederholungen erlebt, hier dürfte es schon als Novität seine Anziehungskraft üben, zumal die Titelrolle in so bewährten Händen.

α Der von dem Krakauer Agrikulturverein herausgegebene „Dziennik rolniczy", enthält in der Nr. 22 vom 15. d. folgende Gegenstände: Ueber die tiefe Bebauung (Schluß). Berichterstattung aus der Comité-Sitzung vom 18. October 1864, deren Gegenstand der Berathung der gegenwärtige Stand der landwirthschaftlichen Schule in Czernichów war. Wirthschaftliche Wahrheiten (Schluß) von Severin Leśkiewicz. Mittel gegen die Viehseuche (eine Beschreibung der bereits in der „Krakauer Zeitung" detaillirten Cur mittelst der Pflanze pulicaria vulgaris (gemeines Flöhkraut oder Christinenkraut) vom Magistratsrath Joseph Bernowski. Wirthschafts-Aphorismen.

* An Stelle des unlängst verstorbenen Bevollmächtigten der Direction der gegenseitigen Landes-Feuerassecuranz in Lemberg Herr Ed. Thad. Bieliński ist von dem Verwaltungsrath in der Sitzung von 25. d. der bisherige Stellvertreter des Directors Graf Joh. Załuski ernannt worden.

α Der bekannte polnische Schriftsteller, Joseph Ignaz Kraszewski, arbeitet gegenwärtig an der Uebersetzung der „Göttlichen Komödie" von Dante, und zwar in ungebundener Rede, die jedoch viel besser sein soll, als die Uebersetzung in gebundener Rede von Julius Korsak.

α Der vom hohen k. k. Justizministerium zum Advocaten in Złoczów ernannte Dr. Rudolph Starzewski hat am 21. d. den Amtseid abgelegt.

* Die k. k. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter hat den Gerichts-Adjuncten Martin Dziama zum Bezirks-Adjuncten provisorisch ernannt.

* Bezüglich der in der „Gazeta narodowa" vom 26. l. M. gebrachten Notiz, daß die im Lemberger Bahnhofe saisirten 26.000 Zündhütchen bereits dem Adressaten ausgefolgt wurden, erfährt die „L. Z." aus sicherer Quelle, daß dieses unrichtig und die Untersuchung deshalb im Zuge ist.

* In Lemberg haben neuerdings die längst erwarteten „Momenta Poloniae historica" von Dr. August Bielowski, das Werk zehnjähriger Arbeit, die Presse der Ossoliński'schen Nationalinstituts-Druckerei verlassen. Der Verfasser dieser wichtigen umfassenden Arbeit (gegen 1000 Seiten) hatte die Materialien zu derselben auf vielen Reisen in ganz Galizien, nach Wien, Prag, München, Dresden, Berlin, Petersburg ꝛc. gesammelt und wurde bei der Herausgabe von einer Reihe polnischer Gelehrten (Professor Dr. Małecki lieferte z. B. die polnische Uebersetzung griechischer Texte) unterstützt.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— (Eisenbahn Weißkirchen-Wsetin.) Am 24. d. M. wurde, wie wir in der „Br. Ztg." lesen, die commissionelle Begehung der Bahntrace Weißkirchen-Wsetin beendet. Sämmtliche Mitglieder der Commission sprachen sich für die Ausführbarkeit der Bahn nach den vorgelegten Projecten aus. Die Arbeiten werden in Kürze, und zwar gleichzeitig von Weiskirchen und Wsetin aus beginnen.

— (Concessionswerbung für eine Eisenbahn von Lemberg nach Brody.) Das Gründercomité, repräsentirt durch die Herren Leo Fürsten Sapieha, Severin Grafen Borkowski und Regierungsrath Dr. Johann Ritter Herz von Bodenau, welches sich zum Zwecke der Zustandebringung einer Eisenbahn von Lemberg nach Brody gebildet hat, ist, nachdem es bei der galizischen Carl Ludwigsbahn deren Verzichtleistung auf das dieser concessionsmäßig zustehende Vorzugsrecht rücksichtlich der erwähnten Bahn erwirkt hat, nun hohen Orts um die Verleihung der definitiven Concession zum Baue und Betriebe derselben eingeschritten. Die Bahn soll nach dem Projecte aus dem bestehenden Bahnhofe in Lemberg auf dem kürzesten Wege über Barczowice, Zboiska, Zadworce, Krasne-Busk und Konty nach Brody geführt werden. An den genannten Orten sind Stationsplätze beantragt; Krasno-Busk würde den gesegnetsten Anknüpfungspunct für eine Flügelbahn über Złoczow nach Tarnopol bilden. Die in Rede stehende Bahn würde eine Länge von 12.34 Meilen erhalten. Das Anlagecapital, für welches die staatliche Zinsengarantie beansprucht wird, ist auf 9,497.000 fl. veranschlagt. Außer den oben genannten Repräsentanten sind noch Mitglieder des Gründercomité's: die Herren Casimir Ritter v. Młodecki, Gutsbesitzer; Alfred Hausner, Chef des Großhandlungshauses Hausner und Violand in Brody; endlich Mayer Kallir, Chef des Großhandlungshauses Nathansohn und Kallir, Präsident der Handels- und Gewerbekammer in Brody.

— [Ergebnisse des Tabakverschleißes.] In den drei ersten Quartalen dieses Jahres wurden verkauft 718.146.940 inländische Cigarren (in derselben Periode des Vorjahres 756.986.388), 8,636.712 ausländische Cigarren (1863: 7,853 900), 36.546 Centner Schnupftabak (1863: 38.306 Ctr.), 363.732 Centner (1863: 343.051 Centner) und 110.029.689 Briefe (1863: 112,804.931 Briefe) Rauchtabak. Der Gesammterlös betrug 41.116.276 fl. gegen 41.161.530 fl. im Vorjahre, und zwar nahmen die Einnahmen ab bei inländischen Cigarren um 3·3 Procent, bei Schnupftabak um 4·3 Procent; sie nahm dagegen zu bei ausländischen Cigarren um 5·6 Procent und bei Rauchtabak um 3·9 Procent.

— [Salz-, Branntwein-, Bier- und Zucker-Production in Ost-Galizien.] Im Monate October l. J. wurden bei den Salzerzeugungsämtern in Ost-Galizien 58.591 Ztr. 36½ Pfd. Salzes erzeugt und bei den Salzverschleiß-Magazinsämtern 55.008 Ztr. 5 Pfd. verkauft. Vergleicht man dieses Resultat mit jenem des gleichnamigen Monats des Vorjahres, so zeigt sich, daß im October 1864 die Salzerzeugung um 865 Ztr. 74 Pfd. und der Salzverkauf um 5466 Ztr. 95 Pfd. geringer war, als im October 1863. Im October 1864 standen in Ost-Galizien 159 Branntweinbrennereien im Betriebe, welche 2,040.814 Alkoholometer-Grade oder 25.510 Eimer Branntwein geliefert haben. In demselben Monate sind in 164 Bierbräuereien 31.421 Eimer Bier gebraut worden, hievon entfallen auf die Stadt Lemberg 5.268 Eimer, erzeugt von 10 Bräuereien. Die Zuckerfabrik in Tłumacz hat im October l. J. 27.200 Zentner roher und 13.500 Ztr. getrockneter Runkelrüben zu Zucker verarbeitet; — um 16.000 roher Runkelrüben weniger, dagegen um 13.500 Ztr. getrockneter Runkelrüben mehr, als im October 1863.

— [Preußen hat Glück.] Zu den überraschendsten metallurgischen Entdeckungen, welche in der letzten Zeit gemacht wurden, gehört das Auffinden mächtiger Bleilager in den Gebirgen des Regierungsbezirks Münster, die sich als so reich ergeben, daß sie ganz Europa mit dem genannten Metall versehen könnten.

Wien, 28. November, Abends. [Czas.] Nordbahn 1892. — Credit-Actien 176.50. — 1860er Lose 93.50. — 1864er Lose 82.90.

Paris, 28. November. 3% Rente bei Schluß 65.05.

Breslau, 28 November. Amtliche Notirungen. Preis für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen (alter) 62—73, (neuer) 56—63; gelber (alter) 61—68, (neuer) 53—58, gelber (erwachsener) 47—51; Roggen 39—42. Gerste 31—36, Hafer 24—28 Erbsen 54—67. Winter-Raps (per 150 Pfd. Brutto) 196—220 Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 186—208. Sommerrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 156—186. — Rothe Kleesaaten für einen Zollcentner (89½ Wiener Pf.) in preußischen Thalern (zu 1 fl. 57½ kr. öst. Währ. außer Agio) von 10—17½ Thlr. Weiße von 12—21 Thaler.

Lemberg, 26. November. Holländer Dukaten 5.50 Geld, 5.54 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.53 Geld, 5.59 W. — Russischer halber Imperial 9.55 G., 9.68 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.81 G., 1.84 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.46 G., 1.48 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.73 G., 1.75 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 74 — G., 74.68 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 77.67 G., 78.33 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 73.62 G., 74.35 W. — National-Anlehen ohne Coup. 79.65 G. 80.48 W. Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 235.17 G. 237.50 W.

Krakauer Cours am 28. Nov. Altes polnisches Silber für fl. p. 100 fl. p. 111 verl., 108 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 120 verl., 117 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. p. 100¼ verlangt, 99¼ bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 453 verl., 445 bez. — Russische Papierrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 149½ verl. 146½ bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. öst. W 175 verl., 173 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 86¾ verl., 85¾ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 116¾ verl., 115¾ bez. — Vollwicht. österr. Rand-Dukaten fl. 5.60 verl., 5.50 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.59 verl., 5.49 bez. — Napoleond'ors fl. 9.42 verl., fl. 9.27 bez. — Russische Imperials fl. 9.65 verl., fl. 9.50 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in öst. W. 75.75 verl., 74.75 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in C.-Mze. fl. 78.75 verl., 77.75 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 74.75 verl. 73.75 bez. — Actien der Carl Ludwigs-Bahn, ohne Coupons fl. österr. Währ. 237 verl., 234 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Der Berliner „National-Ztg." zufolge sind am 27. d. außerordentliche Bevollmächtigte von Berlin nach Dresden und Hannover abgereist mit der Forderung, die hannover'schen und sächsischen Truppen aus Holstein abzuberufen.

„Die „NPZ." vom 28. d. dementirt das Wiener Telegramm der „F. P. Z.", indem sie schreibt: Fürst Hohenzollern habe zwar ein königliches Handschreiben mit nach Wien genommen, dieses beziehe sich jedoch ausschließlich auf die Privat-Angelegenheiten des Fürsten.

Die „Gaz. nar." brachte in der Nr. 60 vom 13. d. Mts. die Nachricht, als sollte nach Mittheilung des k. k. österreichischen General-Consulats die k. russische Regierung erklärt haben, daß sie bereit sei, alle österreichischen Unterthanen, die am Beginn des Aufstandes in russische Gefangenschaft geriethen, herauszugeben, wenn sie außer dem politischen, kein anderes Verbrechen begangen. Diese Nachricht ist irrig, es wird nämlich der „Gaz. Lwowska" aus dem Königreich Polen berichtet, daß jetzt zwar öfter Fälle vorkommen, daß die k. russische Regierung auf die Fürsprache unserer Regierung einzelnen in russischer Gefangenschaft befindlichen österreichischen Unterthanen die Rückkehr ins Land gestattet; von einer Erklärung jedoch der russischen Regierung hinsichtlich der Befreiung aller österreichischer Unterthanen, wie es die „Gaz. nar." gemeldet, sei dort nichts bekannt. Die irrthümliche Mittheilung der „Gaz. nar." möge daraus entstanden sein, daß die russ. Regierung in jüngster Zeit österreich. Unterthanen nach Oesterreich ausliefert, die jetzt als der Theilnahme am Aufstand verdächtig, in die Hände der k. russischen Behörden gerathen. Dieses Verfahren beziehe sich aber durchaus nicht auf die von der russischen Regierung schon lange verurtheilten oder ins Exil gesandten österreichischen Unterthanen.

Der „Russ. Inv." vom 28. d. publicirt einen Kaiserlichen Ukas, kraft dessen alle katholischen Männer- und Frauen-Klöster, welche unter acht Mitglieder zählen, aus Mangel an der kanonisch vorgeschriebenen Zahl von Mitgliedern unverzüglich geschlossen werden sollen, ebenso unterliegen demselben Los die Klöster, deren Antheil am Aufstande notorisch oder erwiesen war. Die Mitglieder der aufgehobenen Klöster können in andere Klöster eintreten oder erhalten Unterstützung aus dem Staatsschatz zur Abreise nach dem Ausland. Schließlich enthält der Ukas Bestimmungen betreffend die Klosterschulen, wohlthätigen Institute und eine Verordnung über die mit Beschlag belegten Klostervermögen.

Rendsburg, 27. November. Vom preußischen Stabe empfangen und mit einem preußischen Musik-Corps an der Spitze sind heute Nachmittags ein Bataillon Hannoveraner, wie zwei Compagnien Sachsen wieder hier eingerückt und beziehen Quartiere im Neuwerk.

Brüssel, 27. November, Abends. Die „Indep." meldet aus Paris: Declercq wird nach Berlin abreisen um Frankreich auf den Conferenzen über die Abänderung des französisch-preußischen Handels-Vertrages zu vertreten. — Der Secretär des Kaisers, Senator Mocquard, ist ernstlich erkrankt.

London, 26. November. Der britische Gesandte in Washington, Lord Lyons, hat nicht seine Entlassung, sondern nur einen sechsmonatlichen Urlaub erbeten.

New-York, 16. November. Ein Invasionsversuch der Conföderirten nach Maryland und Pennsylvanien hat dem Vernehmen nach begonnen. General Butler befürwortet ein allgemeines Amnestie-Anerbieten, und wofern dieses abgelehnt wird, eine rasche Kriegsführung und schließliche Vertheilung der Südstaaten unter die siegreichen Unions-Soldaten. M'Clellan's Abschied ist angenommen worden. Das Ergebniß der Präsidenten-Wahl ist noch nicht amtlich veröffentlicht. Der Senat wird 38 Republicaner und 14 Demokraten, das Repräsentantenhaus 134 Republicaner und 47 Demokraten zählen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

Das h. Statthalterei-Präsidium in Lemberg hat mit Erlaß vom 15. d. M. Zahl 16152 praes. dem unterzeichneten Vorsteher der Besserungs-Anstalt bei St. Joseph hier in Krakau, die angesuchte Bewilligung zur Veranstaltung einer Geldsammlung im ganzen Kronland Galizien auf die Dauer von 6 Monaten zur Deckung der durch die Vergrößerung des Institutsgebäudes aufgelaufenen Kosten ertheilt.

Derselbe richtet nun, gestützt auf die vielen ihm schon zu Theil gewordenen Beweise der Anerkennung seines Strebens, an alle Menschenfreunde die innige Bitte um Beisteuer milder Gaben. Jeder Beitrag, sei er noch so klein, wird mit dem wärmsten Dank entgegengenommen werden.

Zur Uebernahme von Beiträgen hat sich, nebst dem Unterzeichneten, Hr. Krywult bereit erklärt.

Jean de Dieu,
Vorsteher der Besserungs-Anstalt
bei St. Joseph.

Seit Jahren schon hält die Redaction dieses Blattes es für eine angenehme Pflicht, auf das segensreiche Wirken der Leiter dieser musterhaften und gemeinnützigen Anstalt aufmerksam zu machen.

Wie wir vor unlanger Zeit gemeldet, hatte die wachsende Zahl von Zöglingen, in der Josephiten-Anstalt einen erweiternden Neubau nöthig gemacht, der jetzt bereits bezogen, dessen Kostenaufwand jedoch nur zum Theil gedeckt ist. Wir hatten schon damals die sich stets bewährende Wohlthätigkeit der Bewohner Krakau's und des Landes für dieses nützliche, immer mehr aufblühende und wachsende Anerkennung sich erfreuende Institut angerufen; wir schließen uns auch diesem Aufruf an die öffentlich Mildthätigkeit an und erklären auch uns bereit, Beiträge für den obgenannten milden Zweck gegen Nachweis und Rechnungslegung im Blatte entgegenzunehmen.

Die Red. der „Krak. Ztg."

Amtsblatt.

N. 17016. **Kundmachung.** (1230. 1-3)

Auf Grund des Artikels XV. der zur Durchführung des Belagerungszustandes erlassenen Verordnung vom 27. Februar 1864 wird die in Bendlikon bei Zürich im Verlage des Verfassers erschienene Druckschrift:

„Rozbitki — fantazya przez Aleksandra Ogończyka — w drukarni Ojczyzny 1864"

für Galizien und Krakau als verboten erklärt.

Vom k. k. galiz. Statthalterei-Präsidium.

Lemberg, 24. November 1864.

In Vertretung Sr. Excellenz des Herrn Commandirenden Generals:

Eduard Schwartz Edler v. **Meiller,** m. p.
k. k. Feldmarschall-Lieutenant.

Obwieszczenie.

Na mocy artykułu XV. do przeprowadzenia stanu oblężenia wydanego rozporządzenia z dnia 27go Lutego 1864 — pismo wyszłe w Bendlikon pod Zürychem nakładem autora p. t.:

„Rozbitki — fantazya przez Aleksandra Ogończyka — w drukarni Ojczyzny 1864"

dla Galicyi i Krakowa zakazane zostało.

Z c. k. galic. Prezydyum Namiestnictwa.

Lwów, 24 Listopada 1864.

W zastępstwie Jego Eksc. pana komenderującego Jenerała:

Edward Schwartz de Meiller, m. p.
C. k. Feldmarszałek-porucznik.

Nr. 4031. **Kundmachung.** (1221. 3)

Für die Saline in Wieliczka und Bochnia sind im Jahre 1865 nachstehende Materialien, Naturalien und Requisiten erforderlich, wegen deren Zulieferung

am 16. Dezember 1864

bei der k. k. Berg- und Salinen-Direction eine Licitation stattfindet.

a) für Wieliczka.

600 Zentner rohes, weißes, reines Scheiben-Unschlitt,
800 Pfund ordinäres Baumöl,
10 „ feines „
2200 Maß raffinirtes (doppelt) Rübsöl
400 Zentner langhaariger podilischer Hanf,
10000 Metzen Hafer,
280 kieferne Stämme M. M. 7° lang, 9" am dünnen Ende,
350 tannene Stämme G. M. 7° lang 10" am dünnen Ende,
40 eichene Stämme 1° lang, am dünnen Ende 9" dick,
20 „ „ 1° „ „ „ „ 12" „
20 „ „ 1° „ „ „ „ 16" „
10 weißbuchene Stämme im Quadrat bezimmert 1° lang, 12" dick,
10 weißbuchene Stämme im Quadrat bezimmert 1½° lang, 9" dick,
80 weißbuchene Stämme 2½° lang, oben 6" dick,
470 buchene Knittel 1½° lang, unten 2—2½" dick,
260 buchene Stangen 3° „ „ 5—6" „
3300 „ Haneisenstühle,
70 „ Huntsstangen 5' lang 5" im Quadrate,
2000 unbeschlagene Schaufeln,
130 beschlagene „
150 Bergtröge (buchene oder espene) (24" lang, 8" breit, 4" tief),
100 Mistgabeln,
8000 Metzen weiche Holzkohlen,
150 Pferdebürsten,
70 Pferdestriegeln,
800 Schock ganze Brettnägel 5" lang,
400 „ halbe „ 3½" „
300 „ große Huntsnägel 5" „
300 „ kleine „ 3" „
1300 „ Schindelnägel 3½" „
28000 Stück Sperrzwecken
160 „ unbeschlagene Schubkarren sammt Räder,
370 „ Wasserkannen.

b) für die Saline zu Bochnia.

120 Klafter kiefernes Scheiterbrennholz,
290 Zentner rohes, weißes, reines Scheiben-Unschlitt,
450 Maß doppelt raffinirtes Rüpsöl,
200 Pfund gegossene Unschlittkerzen, 8 Stück per Pfd.
15 „ Baumöl,
140 Metzen harte Holzkohle,
1400 „ weiche „
200 kieferne Stämme G. M. 7° lang 10" dick,
100 „ „ M. M. 7° „ 9" „
200 „ „ Kl. M. 7° „ 8" „
70 tannene „ M. M. 7° „ 9" „
50 „ „ K. M. 7° „ 8" „
200 weißbuchene Stämmchen 2° „ 6" „
200 eichene „ 2° „ 6" „
160 birkene „ 4° „ 4" „
1500 Schock Schindelnägel 3½" „
200 „ ganze Brettnägel 4½" „
60 „ dreiviertel „ 3½" „
30 „ halbe „ 3" „
30 Stück Pferdestriegel 8 Reihen haltend,
25 „ Pferdebürsten 9" lang 4½" breit,
12 Pfund Kreide in Stangen geschnitten,
30 Stück Weißpinseln,
100 Metzen ungelöschten Kalk,
4400 Metzen Hafer.

Lieferungslustige werden verständigt, daß sich hierauf versiegelte, von Außen mit den Worten: „Lieferungsanbot" bezeichneten Offerte, welche mit dem Vadium von 10% des ganzen Offertbetrages im Baren oder in Cassaquittung über den ausdrücklich zu diesem Zwecke bei einem k. k. Amte erlegten Geldbetrag oder aber in Staatsobligationen nach dem Börsencurse zu versehen sind, bei der k. k. Berg- und Salinen-Direction zu Wieliczka

längstens bis 16. Dezember 1864 Mittags 12 Uhr einbringen können. Hieramts nicht genügend bekannte Offerenten haben ein vom k. k. Bezirksamte ausgestelltes Zeugniß über ihren Vermögensstand und ihrer rechtlichen Eignung zur Abschließung eines Vertrages und auch die Bestätigung der k. k. Handels- nnd Gewerbekammer beizubringen, daß sie zur betreffenden Lieferung die erforderliche Fähigkeit besitzen. Von dem angebotenen Unschlitte und Hanfe, sind dem Offerte Muster beizuschließen. Jeder Offerent hat sein Anbot mit Ziffern und Worten klar und deutlich anzusetzen und die Erklärung beizufügen, daß ihm die Lieferungsbedingnisse, welche in der k. k. Directions-Kanzlei, bei der k. k. Salinen-Bergverwaltung in Bochnia und beim k. k. Salinen-Materialamte zur Einsicht erliegen, wohlbekannt sind, und daß er sich denselben genau und rückhaltslos unterzieht. Offerte, welche eine auf den Anbot Bezug nehmende wesentliche Correctur enthalten, nachträgliche oder überhaupt den bevorstehenden Bedingungen nicht entsprechende Offerte können keine Berücksichtigung finden.

Ven der k. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, 16. November 1864.

N. 18859. **Licitations-Ankündigung** (1225. 2-3)

Vom Magistrate der k. Hauptstadt Krakau wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß wegen Verkauf des in der Gemeinde Dąbie Riede Pasieka gelegenen, der Stadt-Commune Krakau gehörigen, nach dem Wirthschafts-Turnus für das Jahr 1864/5 zum Schlage bestimmten 4jährigen Weidengestrüppes

am 12. Dezember 1864

im Magistratsgebäude im Bureau des I. Departements während der Kanzleistunden bis 6 Uhr Abends eine Versteigerung abgehalten werden wird.

Der Ausrufspreis beträgt 400 fl. ö. W.

Auch schriftliche Offerten werden angenommen.

Die Licitationsbedingnisse können im Bureau des V. Departements eingesehen werden.

Vom k. Magistrate.

Krakau, 21. November 1864.

N. 20635. **Edict.** (1224. 2-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgericht wird über Ansuchen der Fr. Marzelline Kunzek dem dem Aufenthalte nach unbekannten Constantin Macewicz bekannt gegeben, daß unterm 2. October 1863 Z. 17876 Marzelline Kunzek um executive Intabulirung des Pfandrechtes bezüglich der Forderung aus dem Wechsel ddto. Krakau am 24. August 1857 über 1000 fl. CMze im Restbetrage von 900 fl. CMze oder 945 fl. östr. Währ. sammt Neben-Geb. im Lastenstande der den Erben nach Helene Macewicz gehörigen Güter Glinik średni und der für jene Erben auf diesen Gütern und auf dem Gute Gliniczek intabulirten Summe pr. 50.000 flp. sammt Zinsen dann um executive Einantwortung des entsprechenden Betrages aus den von dem Kaufschilling der Güter Glinik średni zur Befriedigung jener Summen pr. 50.000 flp. c. s. c. entfallenden Fonde eingeschritten ist und der diesem Gesuche stattgebende Bescheid vom 5. October 1863 Zahl 17876 demselben zu Handen des für ihn unter Einem in der Person des hiesigen Adv. Hrn. Dr. Rydzowski mit Substituirung des Herrn Dr. Rosenblatt bestellten Curators zugestellt wurde, welchem auch die weiteren Bescheide in dieser Executionssache werden zugestellt werden.

Krakau, am 2. November 1864.

L. 14811. Obwieszczenie. (1222. 3)

Ces. kr. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż Chane Mindel 2ga im. Aberdam przeciw Alfredowi Boguszowi o sumę wekslową 200 złr. w. a. z przyn. skargę wniosła, i o pomoc sądową prosiła, w skutek czego nakaz zapłaty powyższéj sumy wydanym został.

Ponieważ pobyt zapozwanego p. Alfreda Bogusza jest niewiadomym, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanego tutejszego Adwokata p. Dr. Grabczyńskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanéj przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanemu, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sam osobiście stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub téż innego obrońcę obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył, inaczéj z jego opóźnienia wynikające skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów dnia 17 Listopada 1864.

N. 14933. **Kundmachung.** (1236. 1-3)

Es wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß Dr. Bernhard Nechi, gewesener Notar in Skawina, das ihm im Uebersetzungswege verliehene Notariatamt in Saybusch am 1. August 1864 angetreten habe.

Vom k. k. Oberlandesgericht.

Krakau, 16. November 1864.

Anzeigeblatt.

„Ein Ingenieur",

Rheinländer, wissenschaftlich gebildet, theoretisch und vorzüglich praktisch in allen Zweigen der Mechanik thätig, sucht besonderer Verhältnisse halber auf diesem Wege eine Stelle zur Leitung irgend eines mit Dampf oder Wasser betriebenen technisch-industriellen Etablissements. Am vortheilhaftesten würde sich derselbe zur technischen und merkantilischen Leitung von Gießereien, Walz- oder Hammerwerken, Ackerbaumaschinenfabriken, Dampfmahl- oder Sägemühlen, oder auch für ökonomisch- und forstwirthschaftlich-technische Dienste eignen.

Geneigte Offerten erbittet man unter: „Ingenieur E. P. M. nach Neumarkt, Haus-Nr. 172." (1217. 3)

Heilung der Lungentuberculose

auf durchaus natürlichem Wege, ohne alle innerliche Medicamente. Die Anleitung dazu auf frankirte Briefe an Herrn F. Schlodtmann in Coburg (Herzogth. Sachsen). 1234.1-4

Oberförster-Posten.

Zur Verwaltung von 14,701 polnischen Morgen bereits eingerichteten Waldarea im Königreiche Polen, Radomer Guberaium wird ein theoretisch und praktisch ausgebildeter Forstmann zu engagiren gesucht. Die Kenntniß der polnischen Sprache wird bevorzugt, jedoch nicht als maßgebend gefordert, wenn nur der Competirende sich mit der dortigen Bevölkerung wird verständlich machen können, daher eine slavische Sprache spricht. Gehalt 500 bis 600 Rubel — Wohnung, Aecker und Accidenz. (1223. 3)

☞ Competirende wollen sich persönlich oder brieflich franco an den Oberförster Finger in Zakopane, Post Neumarkt, längstens bis 20. Dezember l. J. wenden.

Theater-Anzeige.

Mittwoch den 30. November:

zum ersten Male:

La POMMERAIS,

oder: **Der Giftmord in Paris.**

Von dem

Ungarischen Boden-Credit-Institute in PEST

zum commissionsweisen **Verkauf seiner Pfandbriefe** beauftragt,

bezwecke ich hiermit die Aufmerksamkeit des interessirten Publicums auf die vielen Vortheile hinzulenken, welche die **ungarischen Pfandbriefe** für Capitalisten bieten. Bei zwei- und fast dreifacher hypothekarischer Sicherheit tragen die Pfandbriefe 5½% jährliche Zinsen, was bei dem jetzigen Course derselben (84½ für 100) einem jährlichen Zinsengenuß von über 6½% entspricht.

Außerdem werden die **ungarischen Pfandbriefe** in 34½ Jahren durch **jährlich zweimalige Verlosung nach ihrem Nennwerthe** amortisirt, und bieten dadurch die Möglichkeit, am Capitale allein über 15% zu gewinnen. Die am 1. Mai und 1. November jeden Jahres fälligen Zinscoupons werden im Auftrage der Gesellschaft durch mich **ohne Abzug für Steuer oder Kosten** eingelöst, ebenso verloste Pfandbriefe vom Verfallstage angefangen, ohne Abzug ausgezahlt. — Daraus ist ersichtlich, daß es kaum ein anderes zinstragendes Papier geben dürfte, welches bei gleicher Sicherstellung des Capitals dieselben Vortheile als die ungarischen Pfandbriefe bietet und ist deshalb wohl zu erwarten, daß sich dieselben bald der ausgebreitetsten Beliebtheit auch in Galizien erfreuen werden. Von den ungarischen Pfandbriefen halte ich stets Stücke á fl. 1,000, 500 nnd 100 zum billigsten Course bereit und bemerke dabei, daß briefliche Aufträge hierauf stets mit Wendung der Post erledigt werden können.

Statuten und **Reglements** des **ungarischen Boden-Credit-Institutes** ebenso die **Ziehungslisten** liegen in meinem Bureau zur Einsichtsnahme offen.

Anton Hoelzel,
Banquier in Krakau.

(1148. 4-6)

K. k. privil. gal. Carl Ludwig-Bahn.

Special-  Tarif

für Eisenbahn-Schienen

gültig vom 1. Dezember 1864.

Vom obigen Tage an, bis auf Weiteres werden Eisenbahnschienen in vollen Wagenladungen, welche von und über Krakau directe nach der Station Lemberg zur Verfrachtung gelangen — auf der hierseitigen Bahnstrecke Krakau-Lemberg zu dem ermäßigten, fixen Frachtsatze von 71 kr. öst. W. für einen Zollzentner befördert.

Die Auf- und Abladegebühr, und sonstigen tarifmäßigen Nebengebühren sind in diesem ermäßigten Satze nicht enthalten, und werden daher auf übliche Weise berechnet und eingehoben.

Wien, 23. November 1864. (1227. 2-3)

Wiener Börse-Bericht

vom 26. November.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates.	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	66.35	66.45
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
mit Zinsen vom Jänner — Juli	79.85	80.—
vom April — October	79.80	79.90
Metalliques zu 5% für 100 fl.	71.10	71.20
dtto „ 4½% für 100 fl.	62.50	62.75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	155 25	155.75
„ 1854 für 100 fl.	89.25	89.75
„ 1860 für 100 fl.	95.80	96.—
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	83.60	83.70
„ „ „ „ zu 50 fl.	83.60	83.70
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	19.50	20.—

B. Der Kronländer. Grundentlastungs-Obligationen	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl	90.50	90.75
von Mähren zu 5% für 100 fl.	91.50	92.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	89.—	90.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	90.50	91.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	88.50	90.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	74.—	74.40
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	72.75	73.25
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	75.70	75.90
von Galizien zu 5% für 100 fl.	73.25	74.25
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	71.25	71.75
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	71.75	72.25

Actien (pr. St.)	Geld	Waare
der Nationalbank	779.—	781.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W.	177.30	177.40
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	590.—	591.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1900.	1902.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	206.—	206.20
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	136.75	137.25
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	120.25	120.75
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	239.—	240.—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	235.80	236.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	450.—	451.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	230.—	232.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	350.—	355.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	410.—	420.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	166.75	167.25

Pfandbriefe	Geld	Waare
der Nationalbank auf C.-M. 10jährig zu 5% für 100 fl.	102.—	102.50
der Nationalbank auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	93 75	94 25
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	89.10	89.40
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	74.—	74.50

Lose	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. östr. W.	126.50	126.75
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	85.25	85.75
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	106.—	107.—
„ „ „ zu 50 fl. CM.	48.50	49.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	26.—	27.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	107.—	108.—
Salm zu 40 fl.	31.50	32.—
Palffy zu 40 fl. „	28.50	29.—
Clary zu 40 fl. „	27.50	28.—
St. Genois zu 40 fl. „	28.50	29.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	18.—	18.25
Waldstein zu 20 fl. „	18.50	19.—
Keglevich zu 10 fl. „	14.—	14.50
K. k. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	11.80	12.—

Wechsel. 3 Monate. Bank- (Platz-) Sconto	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5½%.	98.25	98.30
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 5½%	98.30	98.40
Hamburg, für 100 M. B. 3½%	87.75	87.75
London, für 10 Pf. Sterl. 8%	116.50	116.60
Paris, für 100 Francs 7%	46.30	46.40

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5	58	—	—	5	58	5	60
„ vollw. Dukaten	5	58	—	—	5	58	5	60
Krone	—	—	—	—	16	—	16	10
20 Francstücke	9	39½	9	40	9	39	9	41
Russische Imperiale	—	—	—	—	9	60	9	65
Silber	—	—	—	—	116	—	116	50

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 20 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends.

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tag. von	bis
28	2	322" 39	+2·2	93	WNW. still	trüb	Regen	—1°4	+2 3
	10	33 46	1 4	96	Nord still	trüb			
29	6	33 49	1,2	95	N.-Ost schwach	trüb			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**